

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 15. September 2017

Achtung Aktionäre: US-Liquidität fällt auf Rekordtief

- Solche Extremwerte läuteten die Baissen in den Jahren 2000 und 2007 ein
- Unter der Oberfläche der Aktienindizes brodelt es
- Gold holt nur Luft für die nächste Haussewelle
- Verdienen Sie mit Goldminenaktien
- Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?
- Kosten der Flüchtlingskrise: Hohe Ausgaben für leere Betten

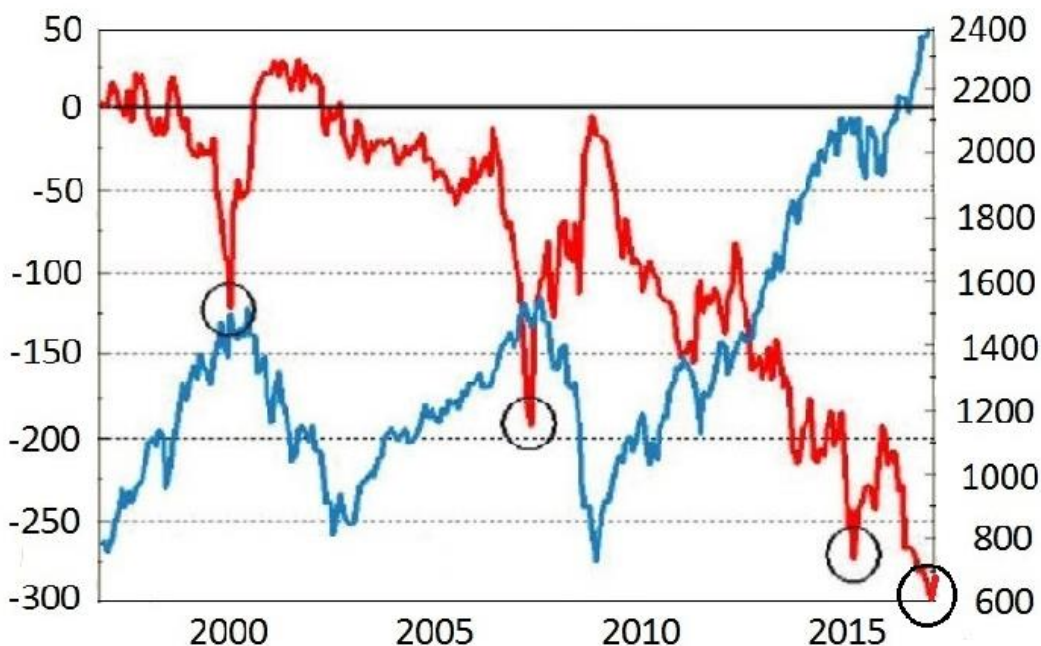
Boom beim Spekulieren auf Kredit

Liebe Leser,

an der Wall Street wurde kürzlich ein neuer Negativ-Rekord aufgestellt, der Sie aufhorchen lassen sollte: Während die Cash-Reserve der Investmentfonds extrem niedrig sind, haben die Wertpapierkredite Rekordstände erreicht. Das heißt, die Nettoliquidität ist auf den niedrigsten jemals gemessenen Wert gesunken.

Diese extrem niedrige Nettoliquidität zeigt einen ausgeprägten Boom beim Spekulieren auf Kredit an und deutet in ihrer aktuellen Konstellation auf dessen baldiges Ende hin. Den vielsagenden Verlauf dieser Kennzahl sehen Sie auf dem folgenden Chart in Rot zusammen mit dem S&P 500 in Blau seit 1995.

US-Nettoliquidität in Mrd. \$ (rot, linke Skala) und S&P 500 (blau), 1995 bis 2017



Die Nettoliquidität hat kürzlich einen neuen Minusrekord aufgestellt und hat dann nach oben gedreht, eine sehr bearische Konstellation. Quelle: cross-currents.net

Solche Extremwerte läuteten die Baissen in den Jahren 2000 und 2007 ein

Wie Sie sehen, ist der Indikator in den vergangenen Monaten unter das Mitte 2015 erreichte Tief von minus 270 Mrd. \$ auf einen neuen Negativ-Rekord gefallen. Inzwischen ist er aber wieder um rund 20 Mrd. \$ gestiegen, so dass es sich hier womöglich um einen potenziell sehr wichtigen unteren Wendepunkt handelt.

Denn eine ähnliche Konstellation zeigte diese Kennzahl sowohl im Jahr 2000 als auch in 2007 (schwarze Kreise). In beiden Fällen begann kurz darauf eine schwere Aktienbaisse, in deren Verlauf sich der S&P 500 mindestens halbierte. Und in 2015 folgte immerhin eine sechsmonatige Korrektur, in deren Verlauf der Index um 15% gefallen ist. Ich halte die Wahrscheinlichkeit für groß, dass das aktuelle Signal erneut eine Baisse einläuten wird. Mehr zu diesem interessanten Indikator und den zahlreichen Kennzahlen, die sein Warnsignal bestätigen und unterstreichen, erfahren Sie in meinem Börsenbrief Krisensicher Investieren.

Unter der Oberfläche der Aktienindizes brodelt es

Es gibt inzwischen eine ganze Fülle von Indikatoren und Modellen, die ich regelmäßig für meine Leser analysiere, die darauf hindeuten, dass die nächste große Baisse bald beginnen wird. Diese Entwicklung zeigt, dass die Risse im Fundament der Aktienhausse immer deutlicher werden. Deshalb warne ich Sie ganz eindringlich: Positionieren Sie sich jetzt richtig.

Denn interessanterweise finden sich hier auch mehrere Kennzahlen, bei denen es in den vergangenen 120 Jahren nur sehr selten zu vergleichbaren Signalen gekommen ist. Das deutet in Kombination mit der extremen fundamentalen Überbewertung darauf hin, dass die nächste Baisse sehr heftig ausfallen wird. Lassen Sie sich also von den Sirengesängen nicht einlullen.

Gold holt nur Luft für die nächste Haussewelle

Nach dem von mir prognostizierten Anstieg des Goldpreises über die Widerstandszone bei 1.300 \$ ging es zügig um weitere 5% nach oben. Aus charttechnischer Sicht handelt es sich hier um einen klaren Ausbruch nach oben, das heißt um ein Kaufsignal.

Von seinem erwartungsgemäß Anfang Juli erreichten unteren Wendepunkt aus gerechnet, ist der Goldpreis in der Spitze bereits um 13% gestiegen. Anfang der Woche kam es dann zu einem kleinen Rücksetzer, den ich Ihnen aber schon letzte Woche angekündigt hatte. Meine Goldindikatoren deuten jedoch darauf hin, dass es sich hierbei lediglich um eine kleine Verschnaufpause auf dem Weg zu weiteren Kursgewinnen handelt.

Es ist vor allem mein Gold-Preisbänder-Indikator, den ich hier aus Platzgründen nicht zeigen kann, der mich sehr zuversichtlich stimmt, dass sich der Edelmetallsektor erst am Anfang einer großen Haussewelle befindet.

Goldpreis pro Unze in \$, 2016 bis 2017



Der Ausbruch über die Widerstandszone bei 1.300 \$ hat auf überzeugende Weise stattgefunden und ist sehr bullisch. Quelle: StockCharts.com

Verdienen Sie mit Goldminenaktien

Eine wichtige Bestätigung dieser Prognose kommt von den Goldminenaktien. Hier zeigen sich zunehmend bullische charttechnische Entwicklungen, wobei es im Moment noch große Unterschiede zwischen den einzelnen Aktien gibt. Das ist begrüßenswert, weil es Ihnen die Möglichkeit gibt, schrittweise in diesen überaus attraktiven Sektor einzusteigen.

Darüber hinaus hat mein Timing-Indikator für den Minensektor noch reichlich Luft nach oben. Er lässt darauf schließen, dass die Party bei den Minenaktien gerade erst begonnen hat. [Kommen Sie an Bord – die lukrativsten Minenaktien finden Sie in meinem Börsenbrief Krisensicher Investieren.](#)

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende,

Ihr

Claus Vogt

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: In knapp zwei Wochen erscheint unsere hochaktuelle [Krisensicher Investieren Themenschwerpunkt-Ausgabe](#), in der wir uns ausführlich der Bedeutung der fundamentalen Bewertung für Ihren Anlageerfolg widmen. Lassen Sie sich diese Analyse nicht entgehen.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel
Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier"
und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (15.09.2017)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Kosten der Flüchtlingskrise: Hohe Ausgaben für leere Betten in Niedersachsen

Liebe Leserinnen und Leser,

nach und nach werden Zahlen bekannt, wie stark die Flüchtlingskrise die einzelnen Bundesländer finanziell belastet und noch belasten wird. Wir hatten dieses heiße Eisen in einer Themenschwerpunkt-Ausgabe des Börsenbriefes Krisensicher Investieren bereits im Juli 2016 angepackt und sehr ausführlich die Kosten analysiert, die auf Sie, den deutschen Steuerzahler zukommen werden.

Am Beispiel des Landes Niedersachsen wird nun aufgezeigt, welche Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge bisher entstanden sind und dass das Land in diesem Zusammenhang nachteilige Verträge abgeschlossen hat.

Ein vor kurzem bekannt gewordener Bericht fasst die finanziellen Auswirkungen des Flüchtlingszustroms der Jahre 2015/2016 auf das Land Niedersachsen nachvollziehbar zusammen. Die für Niedersachsen getroffenen Feststellungen sind aber auch für die übrigen Bundesländer von Interesse, da die Herausforderungen der Flüchtlingskrise überall gleich waren.

Während im Jahr 2014 etwas mehr als 15.000 Flüchtlinge nach Niedersachsen kamen, stiegen die Zugänge im Jahr 2015 auf rund 102.000 an. Im Jahr 2016 gingen die Zugänge wieder deutlich zurück und sanken auf 31.000. In der Hochphase des Flüchtlingsstroms ging es vorrangig darum, die Obdachlosigkeit der Neuankömmlinge zu verhindern. Insofern gab es einen großen Handlungsdruck. Bund, Länder und Kommunen standen seinerzeit vor großen Herausforderungen. Oberste Priorität hatte die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Ein geordnetes Verwaltungshandeln war damals nur bedingt möglich, heißt es zutreffend in dem erwähnten Bericht.

Ausgaben des Landes von 1,9 Milliarden Euro für Flüchtlinge

Die flüchtlingsbezogenen Ausgabenansätze im niedersächsischen Haushalt erhöhten sich bis Ende 2016 auf rund 1,9 Milliarden Euro, wobei mehr als 40 Prozent dieser Mittel zur Weiterleitung an die Kommunen für deren Flüchtlingskosten bestimmt waren. Nach dem Haushaltsplan 2017/18 und der mittelfristigen Finanzplanung sollen die flüchtlingsbedingten Ausgaben des Landes von rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf rund 1,1 Milliarden Euro ab dem Jahr 2020 zurückgehen.

Durch den Flüchtlingszustrom erhöhte sich auch der Personalbedarf des Landes. In den Jahren 2015/16 stellte Niedersachsen über 1.500 neue Stellen für flüchtlingsbezogene Aufgaben bereit. Rund 900 dieser Stellen waren für zusätzliche Lehrer bestimmt.

Die Kündigung von Unterbringungsverträgen war kurzfristig nicht möglich

Bereits im Jahr 2014 stiegen die Flüchtlingszahlen an. Das Land Niedersachsen mietete deshalb zur Unterbringung von Flüchtlingen ab Oktober 2014 UnterkunftsKapazitäten in Jugendherbergen, Hotels oder ähnlichen Einrichtungen an, da in diesen Unterkünften Plätze schnell und ohne zeitintensive Vorbereitung verfügbar waren. Dabei akzeptierte es zumindest in der Anfangsphase die Vertragsentwürfe der Betreiber.

Nach dem Rückgang der Flüchtlingszahlen im Frühjahr 2016 bemühte sich das Land um die Kündigung nicht mehr benötigter Standorte. Dies war jedoch aufgrund der Vertragsbedingungen nicht immer zeitnah möglich. In einigen Fällen sahen die Verträge vor, dass das Land sie erst mit Wirkung zum 31.12.2017 kündigen kann. Mehrere Standorte wurden faktisch nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Die Gesamtkosten der nicht benötigten Plätze summieren sich für das Jahr 2017 auf 19,5 Millionen Euro.

Pauschalzahlungen für zusätzliche Notunterkünfte

Im Sommer 2015 zeichnete sich ab, dass die Aufnahmekapazitäten trotz der zusätzlich angemieteten Standorte nicht reichen würden, den weiter ansteigenden Strom von Flüchtlingen unterbringen zu können. Das Land schloss daraufhin mit Hilfsorganisationen in privater Trägerschaft (Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz usw.) Verträge für 25 Notunterkünfte. Die Verträge sahen für den laufenden Betrieb Pauschalen vor, die sich aus einer fixen Grundpauschale (vorrangig für Personalkosten und Sicherheitsdienst) und einer belegungsabhängigen Pauschale (für Verpflegung), zusammensetzten. Auch mit 22 Kommunen traf das Land Vereinbarungen über den Betrieb von Notunterkünften.

Auch für nicht benötigte Kapazitäten zahlte das Land

Bei den Pauschalzahlungen an die Hilfsorganisationen entfielen durchschnittlich zwei Drittel auf die belegungsunabhängige Grundpauschale. Die Vereinbarungen mit den Kommunen sahen lediglich eine belegungsunabhängige Gesamtpauschale vor. Bei den Notunterkünften wurden die Kapazitäten zwar sukzessive abgebaut, die tatsächliche Belegung blieb aber weit hinter den vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten zurück. Im Ergebnis erhielten die Betreiber der Notunterkünfte hohe Summen für die Bereitstellung von Kapazitäten, auch wenn die Belegung nur gering war. Für den Zeitraum September 2015 bis September 2016 wird in dem Bericht eine „Leerstandsvergütung“ von über 100 Millionen Euro errechnet. Davon entfielen 73 Millionen Euro auf Notunterkünfte der Hilfsorganisationen und 33 Millionen Euro auf die kommunalen Notunterkünfte.

Das Land war seinerzeit in einer schwachen Verhandlungsposition

Angesichts der gewaltigen Kosten des Flüchtlingszustroms fallen die geschilderten Unwirtschaftlichkeiten bei der Unterbringung nicht wirklich ins Gewicht. Sie erklären sich aus der Sondersituation der Jahre 2015/16 und der seinerzeit schwachen Position des Landes bei den Verhandlungen mit den Anbietern von UnterbringungsKapazitäten.

Uns steuerzahlenden Bürgern, die wir für das alles aufkommen müssen, bleibt nur die vage Aussage der Bundeskanzlerin, dass sich die Ereignisse des Jahres 2015 nicht wiederholen dürfen

und nicht wiederholen werden. Da frage ich mich als unbedarfter Zeitgenosse allerdings, warum sich die Ereignisse nicht wiederholen dürfen, wenn doch angeblich alles so gut und richtig war und von den verantwortlichen Politikerinnen als humanitäre Großtat gefeiert wird. Eine Antwort auf diese Frage und eine ehrliche Stellungnahme zu diesem offensichtlichen Widerspruch, liebe Leserinnen und Leser, ist die Politik mir bisher schuldig geblieben, sagt verwirrt

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).
Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel
Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).